Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda — **Neukirch und Umgegend**

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich Max, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 173 — **Sonnabend, den 27. Juli 1929.** — **84. Jahrgang**

Tagesschau.

Reuter erfährt über die Besprechungen zur Wahl des Ortes für die Reparationskonferenz, es sei wahrscheinlich, daß die Wahl auf den Haag fallen würde. Die britische Regierung bestehe nicht mehr auf London als Konferenzort. Die Konferenz werde wahrscheinlich am 6. August eröffnet werden.

* Die Anklage gegen Ullitz ist am dritten Verhandlungstage zusammengebrochen. Das Urteil ist wahrscheinlich heute noch zu erwarten.

* Wie gemeldet wird, haben die Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und China begonnen. Nach Meldungen kommt es immer noch ab und zu zu ernsten Reibereien an der Grenze.

* Das Riesenflugboot Do. X. der Dorniersingzeugwerke hat erneut Probeflüge mit etwa 450 Zentnern Last unternommen. Dazu kommt noch sein Eigengewicht von 500 Zentnern.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Youngplan, Politik und Wirtschaft.

Von Dr. Rudolf Schneider-Dresden, Mitglied der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.

II.

Warum Youngplan und nicht Daweskrise.

Und, kein Zweifel, dieser politische Weg wird weitergegangen. Ob wir vom Herbst 1929 ab die etwas verminderten Raten des Youngplanes, oder die etwas höheren Raten des Dawesplanes aufbringen müssen, ob wir die Befreiung von Kontrollen, Pfändern und Sicherheiten erlangen, ob Frankreich in den Vorteil kommt, mehrere Milliarden Reichsmark zu kommerzialisieren — das hängt nicht so sehr vom Abwägen manches kleinen Für und Wider ab, sondern entscheidend wird sein die Besatzungsfrage, die Räumung vom Rheinland, die Lösung der Saarfrage und darüber hinaus die Möglichkeit für Deutschland, durch Moratorium, durch Transfer-Moratorium und ausreichendes Aufbringungsmoratorium und durch neue künftige Revision des Zahlungsplanes gegen die unverkennbare mißbräuchliche Ueberschreitung seiner Leistungsfähigkeit einigermaßen geschützt zu werden. Aus dem Chaos von 1919 und 1923 heraus führt der Weg aufwärts, aber eben nur mühsam und langsam von Stufe zu Stufe. Daß dies nicht wirtschaftliche, sondern politische Erwägungen und Lösungen sind, das ist keine Kritik, sondern war nach Lage der Dinge nicht zu vermeiden.

Und welche Lösung böte sich auch sonst? Herr Bang forderte bei der Debatte über die steuerfreie Reichsanleihe, es war bei der Debatte über die steuerfreie Reichsanleihe, „sofortige Einstellung aller Reparationszahlungen". Daß dieser Plan praktisch nicht durchführbar ist, braucht wohl nicht näher dargelegt zu werden. Hier handelt es sich um Konsequenzen und hier handelt es sich um Machtverhältnisse, die bereits Herrn Hugenberg davon abhalten, jene einfache Formel des Herrn Bang zu der seinen zu machen. Hugenberg und die hinter ihm Stehenden fordern Ablehnung des Youngplanes und meinen, die Weitergeltung des Dawesplanes würde dann rasch von selbst zu derartigen wirtschaftlichen Unmöglichkeiten und zu so rascher vollständiger Zahlungsunfähigkeit Deutschlands führen, daß der Dawesplan „von selbst zusammenbricht". Der Weg, an den Hugenberg denkt, soll durch eine kurze schwere Reparationskrise zur Befreiung führen.

Gewiß, es kann sein, daß wir im Herbst dieses Jahres ein Scheitern des Youngplanes erleben und nach dem Dawesplan weiter zahlen und weitere Kontrollen erdulden müssen. Dieser Fall würde eintreten, wenn uns trotz unseres klaren Rechts die Räumung des Rheinlandes versagt würde. Aber nach unserer Auffassung, die sich von der Hugenbergischen sehr weit unterscheidet, würde dann eben der erst so aussichtsvolle Versuch einer Revision des Dawesplanes gescheitert sein, — diese Revision bliebe trotzdem notwendig, wir haben sie seit 1924 beständig gefordert, wir würden sie mit aller Energie weiter fordern, wir würden darauf drängen, mit aller Kraft und unter Zuhilfenahme aller möglichen Verbündeten, daß eine Revision der unerträglich gewordenen Daweslasten von neuem versucht und dann hoffentlich erreicht werde.

Denn leider vermögen wir die Hoffnung der deutschnationalen Gegner des Youngplanes nicht zu teilen; der Dawesplan würde sich keineswegs rasch totlaufen, sondern würde auf lange Zeit für Deutschland steigende Not und vor allem noch rascher anwachsende Schuldenlasten bedeuten, aber auf absehbare Zeit keine akute Krisis heraufführen. Scheinbar sehr einleuchtend wird von den Gegnern des Youngplanes da argumentiert: der Landwirt, der Gewerbetreibende vermag ja kaum noch Einkommensteuer oder Realsteuern aufzubringen, vorigen Winter haben wir 2½ Millionen Arbeitslose gehabt, das brauche alles nur ein Weilchen so fortzugehen und Deutschland stellt die Zahlungen ein; wo nichts ist, hat auch Parker Gilbert sein Recht verloren! Aber leider handelt es sich bei den Reparationszahlungen nicht um Einkommensteuer oder Vermögensteuer oder Gewerbesteuer oder dergl., sondern verpfändet sind auf Grund des Dawesgesetzes dem Reparationsagenten die Reichseinnahmen aus den Zöllen und aus den indirekten Steuern auf Tabak, Bier, Branntwein und Zucker. Sie sind verpfändet und für Reparationszahlungen erforderlich in Höhe von 1250 Millionen Mark und sie bringen tatsächlich ein: 3 Milliarden Mark. Sie nehmen auch keineswegs ab, trotz aller Nöte der Landwirtschaft, der Gewerbetreibenden und trotz aller Arbeitslosen, sondern sie steigen munter von Jahr zu Jahr und selbst wenn sie sänken, so könnten sie lange sinken, ehe der Reparationsagent das spürte. Gewiß sind 2½ Millionen Arbeitslose eine furchtbare Zahl, aber man muß auch daran denken, daß es im Deutschen Reiche 37 Millionen Erwerbstätige gibt. Und bei der Reichsbahn? Von 5 Milliarden Gesamteinnahmen geht eine Milliarde an den Reparationsagenten. Sein Zugriffsrecht geht allen anderen vor. Wie lange soll die Krisis des Dawesplanes andauern, bis von den 5 Milliarden nicht einmal die eine mehr greifbar ist?

Und wie steht es mit der Transferkrisis? Im April hatten wir sie doch. Die Reichsbank mußte, da es am Markt keine Devisen aus Auslandsanleihen mehr gab, die überschießende Nachfrage mit denjenigen Devisen befriedigen, die sie zur vorgeschriebenen Deckung der Währung erworben hatte. Während dieses verzweifelten Kampfes um die Stabilität der deutschen Währung hat die Reichsbank in wenig Wochen doppelt soviel an Gold und Devisen abgeben müssen, als sie in 1923 während der 9 Monate Ruhrkampf verloren hat. Das hinderte aber Herrn Parker Gilbert ganz und gar nicht, genau eben diese Devisen aufzukaufen und mit ihnen deutsche Tributzahlungen vorzunehmen. Wo bleibt dabei der versprochene Transferschutz? Aber diese erst jüngst gemachten Erfahrungen sind noch weiterhin lehrreich! Die Reichsbank erhöhte ja schließlich ihren Diskont (obwohl wirtschaftlich gesehen eine Diskonterhöhung äußerst schädlich und bedenklich war) und die Reichsbank mußte die Wirkung ihrer Diskonterhöhung durch Einschränkung ihrer Wechseldiskontierungen noch sehr wesentlich verschärfen. Kaum war durch die unbefriedigte Nachfrage der Preis für Leihgeld in Deutschland wieder verlockend genug, als Anleihen und mit ihnen Gold und Devisen wieder nach Deutschland strömten. Die Notendeckung ist wieder viel günstiger geworden. Die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank haben sich um ⅘ Milliarden Mark rasch wieder erhöht. Auslandsanleihen, kurzfristige und auch langfristige kommen wieder herein, und der Kurs der Mark ist befriedigend.

Derartige Krisen werden sich wiederholen. Aber auch künftig wohl wiederum mit Unterbrechungen. Selbst wenn vorübergehend ein anderer Reparationsagent die Transferierung aussetzen wollte, so würde nach ausreichender Diskonterhöhung doch das nötige Devisenangebot wiederkehren. Auch die Auffüllung jenes 5 Milliarden-Topfes nach dem Dawesplan würde nur mit Unterbrechungen, also nur nach langen Zeiträumen sich erfüllen.

Man könnte diese Beweisführung noch vielfach weiter führen und verstärken, aber schon nach dem hier Gesagten, ist wohl der Zweifel daran berechtigt, daß wir nur einfach den Dawesplan sich auslaufen zu lassen brauchen, um durch eine kurze Reinigungskrisis zur Freiheit zu gelangen. Beider können wir uns der Ansicht nicht verschließen, daß das Weiterbestehen des Dawesplanes für uns eine fürchterliche Belastung auf einen nicht absehbaren Zeitraum bedeuten würde. Wir sehen keinen anderen Weg als den der Revision des Dawesplanes. Gelingt diese Revision jetzt nicht, scheitert der Youngplan an der Besatzungsfrage, dann bleibt trotzdem die Forderung nach Revision bestehen! Der Weg zur Befreiung, der nicht durch einen kühnen Sprung zu erledigen ist, sondern, der nur Schritt für Schritt zurückgelegt werden kann, der muß dann eben trotz aller Mühen, aber auch mit aller Zähigkeit weitergegangen werden!

Abrüstung oder Verständigung?

Der propagandistisch wirklich gut und geschickt aufgezogene englisch-amerikanische Austausch von Verzichterklärungen auf Marineneubauten wird bei uns als Beginn einer Marineabrüstung angesehen. Diese Auffassung ist ebenso bezeichnend für den posthumen Abrüstungs-Optimismus wie falsch.

Wir Deutschen sollten doch eigentlich am besten wissen, was Abrüstung bedeutet. Es ist doch wirklich noch keine Abrüstung, wenn man auf eine Aufrüstung verzichtet. Abrüstung ist erst Zerschlagung und Verschrottung auch des vorhandenen Kriegsmaterials. Hiervon aber ist bei dem wechselseitigen englisch-amerikanischen Verzicht auf den Neubau einiger Kreuzer und einiger Spezialschiffe nicht die Rede. Ja, weder England noch Amerika haben ihr ganzes Neubauprogramm gestrichen oder auch nur grundsätzlich revidiert, sie haben nur einen gewissen Prozentsatz der geplanten Neubauten „vorläufig zurückgestellt". Es ist also zunächst einmal festzustellen, daß diese englisch-amerikanische Uebereinkunft, die eine besondere Weihe noch durch ihre Proklamierung am Tage der Inkraftsetzung des Kelloggpaktes erhielt, weder eine Abrüstung noch auch den Anfang zu einer solchen darstellt.

Dennoch ist dieses Uebereinkommen viel mehr als ein englisch-amerikanischer Höflichkeitsaustausch und mehr als eine geschickte Vorbereitung des im Oktober geplanten Besuchs Macdonalds in Washington. Die Verlangsamung des Flottenneubaus ist nämlich, wenn man sie im Zusammenhang mit der Mission des neuen amerikanischen Botschafters in London, Dawes, betrachtet, der vielversprechende Auftakt zu einer weltpolitisch höchst bedeutsamen englisch-amerikanischen Verständigung. Denn der Verzicht auf das Wettrüsten, der Verzicht auf das Wettrennen um die stärkste Flotte der Welt, ist nur im Zusammenhang mit einer sehr weitgehenden politischen, also auch wirtschaftlichen Verständigung zwischen den beiden angelsächsischen Nationen denkbar.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ist der Flottenverzicht ein großer sachlicher Erfolg der neuen englischen Arbeiterregierung und insbesondere ihres Ministerpräsidenten Macdonald, der schon im Wahlkampf und gleich bei seinem Amtsantritt als sein erstes und vornehmstes außenpolitisches Ziel die Verständigung mit Amerika hinstellte. Die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen während der Regierungszeit Baldwins und Chamberlains war ja auch wohl der am schwersten wiegende Vorwurf, der der früheren konservativen englischen Regierung gemacht wurde. Auf der anderen Seite ist zu erwarten, daß die von den Franzosenfreunden in England besonders kritisierte Kontinentalpolitik der neuen englischen Regierung durch diesen Erfolg in der für England ungleich wichtigeren amerikanischen Frage gesichert und gestärkt werden wird.

Nun doch der Haag.

Berlin, 25. Juli. (Eigene Meldung.) Die Komödie der Verhandlungen über den Konferenzort ist anscheinend noch längst nicht abgeschlossen. Zwar trennen uns nur noch 11 Tage von dem für den Konferenzbeginn in Aussicht genommenen Termin, dessen Verschiebung aus den oft erörterten Gründen fast unmöglich ist, aber noch immer haben sich die streitenden Alliierten nicht darüber einigen können, ob sie nach London oder Luzern, nach Boulogne, nach Brüssel oder nach dem Haag gehen wollen. Aus der englischen Presse kann man entnehmen, daß die Regierung MacDonald sich mit der Absicht trägt, jetzt doch einen offiziellen Vorstoß zugunsten des Haag als Konferenzort zu machen. Jedenfalls legt das Hin- und Hergeziehe zwischen den einzelnen Staaten kein Zeugnis von einer besonderen Zielsicherheit ab, es sei denn, daß man die französischen Verschleppungsversuche als Zielsicherheit auffaßt. In deutschen politischen Kreisen ist man über dieses Hinauszögern der Diplomatenkonferenz mit Recht verstimmt.

Zweiteilung der Konferenz.

Paris, 25. Juli. Wie aus der Umgebung des Quai d'Orsay verlautet, hat der deutsche Botschafter v. Hoesch in seiner heutigen Besprechung mit dem Außenminister Briand der französischen These zugestimmt, die bevorstehende Regierungskonferenz zur Inkraftsetzung des Youngplanes in drei Teile zu zerlegen, nämlich in eine diplomatische Konferenz, die die grundsätzlichen Beschlüsse zu fassen hat, in eine mit der Ausarbeitung der Einzelheiten beauftragte Sachverständigenkonferenz und schließlich in eine Konferenz aller interessierten Regierungen, auf der die Ergebnisse der Sachverständigenarbeiten gutgeheißen würden. Man gibt in politischen Kreisen weiter zu verstehen, daß die Möglichkeit einer weiteren Unterteilung der Konferenz bestehe.